FLAGGENPROTESTE IN SIMBABWE

Die Farben beim Wort nehmen

In Simbabwe findet die Bevölkerung wieder den Mut, gegen die Regierung auf die Strasse zu gehen. Ein Internetphänomen spielt dabei eine wesentliche Rolle.

VON RAPHAEL ALBISSER

Der Motivator im Exil: Nach seiner Flucht ermuntert Pfarrer Evan Mawarire den Widerstand gegen das simbabwische Regime vom südafrikanischen Johannesburg aus. FOTO: GETTY

Als die simbabwische Cricketnationalmannschaft am 6. August in Bulawayo zu ihrem 36. Wurf gegen das Team aus Neuseeland antrat, erhoben sich die Fans von ihren Sitzen, um die Nationalhymne anzustimmen. Sie taten dies nicht, um die 36 Amtsjahre von Präsident Robert Mugabe zu feiern, sondern aus Protest gegen seine Regierung. Denn zur Schau gestellter Patriotismus gilt in Simbabwe dieser Tage als subversiver Akt.

Seit der Unabhängigkeit ist Robert Mugabe noch immer der Einzige, der Simbabwe je als Staatschef vorstand. Auch mit 92 Jahren weigert er sich, die Macht abzugeben. Er sieht sich als Präsident auf Lebenszeit. Seit Monaten wird aber deutlich, dass ein grosser Teil der Bevölkerung seinen Tod nicht abwarten will. Sie leidet unter einem massiven wirtschaftlichen Einbruch, Arbeitslosigkeit, Bargeldmangel sowie unter den Folgen einer anhaltenden extremen Dürre. So geht gegenwärtig die grösste Protestwelle seit langem durchs Land, und sie ist eng verknüpft mit einem Twitter-Hashtag, der Mitte April ins Leben gerufen wurde.

Damals teilte Evan Mawarire, 39-jähriger Pfarrer einer Pfingstgemeinde in der Hauptstadt Harare, ein Video auf Facebook. Darin hält er eine rund vierminütige Rede. Um den Hals trägt er dabei die simbabwische Landesflagge, die er durch die Finger gleiten lässt, als er beginnt: «Diese Flagge. Diese wunderschöne Flagge.» Mit wehmütiger Stimme erläutert er die offizielle Symbolik der Farben, die darauf zu finden sind: Grün für die fruchtbare Vegetation, Gelb für die Bodenschätze, Rot für das Blut der FreiheitskämpferInnen, Schwarz für die Bevölkerung. Und dann beklagt er, wie weit Simbabwe heute von den glorreichen Verheissungen dieser Flagge entfernt ist.

Zwar kommen im Video keine konkreten Forderungen vor. Er habe es spontan aufgenommen, als er sich an einem besonders verzweifelten Tag gefragt habe, wie er die Schulrechnungen seiner beiden Töchter bezahlen solle, sagte Mawarire später.

Viel mehr als ein «Pfarrersfurz»

Doch mit seinem Ausdruck der Enttäuschung und Entfremdung traf er einen Nerv: Das Video wurde über 100 000 Mal angeklickt. Unter dem Hashtag #ThisFlag antworteten bald zahlreiche SimbabwerInnen mit eigenen Videonachrichten, in denen sie die erstickenden Zustände in ihrem Land beklagten. Meist mit einer Landesflagge um den Hals, richteten sie sich gegen Misswirtschaft, Korruption, mangelnde Perspektiven und inkompetente politische Führung – und damit direkt gegen Mugabe und seine Regierungspartei ZANU-PF.

Anfänglich nannte deren Minister für höhere Bildung, Jonathan Moyo, den Onlineaufruhr via Twitter einen «Pfarrersfurz». Doch immer mehr zivilgesellschaftliche Gruppierungen stellten sich hinter die Bewegung. Und der Unmut wuchs zusätzlich: Anfang Mai kündigte die Regierung an, Schuldscheine drucken zu lassen, um den Bargeldmangel im Land zu kompensieren. Die Angst ist gross, dass damit eine neue Hyperinflation beginnt, nachdem die letzte 2009 durch das Ausweichen auf stabile Fremdwährungen eingedämmt werden konnte. Später wurde bekannt, dass den Staatsangestellten die Löhne nicht mehr fristgerecht ausbezahlt wurden.

Vom Internet auf die Strasse

Anfang Juli demonstrierten die SimbabwerInnen in mehreren Städten gegen die Regierung. Die Polizei trieb sie teils gewaltsam auseinander, Dutzende wurden verhaftet. Auch Pfarrer Mawarire mobilisierte sein gewachsenes Netz: Zusammen mit weiteren OrganisatorInnen rief er die Menschen zu einem gewaltfreien Streiktag auf – weitere würden folgen, sollte die Regierung die Proteste ignorieren. Diese wollte den charismatischen Pfarrer nun nicht länger gewähren lassen. Mawarire wurde verhaftet und am 13. Juli wegen «versuchten Umsturzes der Regierung» angeklagt. Zwar kam er wegen eines Verfahrensfehlers noch am selben Tag frei, doch floh er kurz darauf nach Südafrika. Zu aggressiv wurde ihm von offizieller Seite gedroht.

> Teile der Elite scheinen sich auf ein Ende der Ära Mugabe vorzubereiten.

Seinem Einfluss tut die Flucht aber kaum einen Abbruch: Im Exil gibt Mawarire Fernsehinterviews, animiert die simbabwische Diaspora, sich zu engagieren, hält Reden an Universitäten. All dies mit mitreissender Eloquenz: Weiterhin werden seine Bild- und Tonaufnahmen rege verbreitet, stets mit #ThisFlag-Verweis. Und weiterhin gehört es zu den Protestbildern, dass Protestierende eine Landesflagge um den Hals tragen. So auch am 3. August, als in Harare erneut Hunderte gegen die Einführung der Schuldscheine demonstrierten und gleichzeitig arbeitslose StudienabgängerInnen lautstark die leeren Jobversprechen der ZANU-PF anprangerten.

Derweil werden Risse im simbabwischen Machtapparat sichtbar. Bereits scheinen sich Teile der Elite auf ein Ende der Ära Mugabe vorzubereiten. Prominente Vertreter der über Jahre privilegierten Kriegsveteranen haben sich öffentlich gegen die Regierung gestellt. Das Potenzial der #ThisFlag-Bewegung besteht aber darin, dass sie fernab von parteipolitischen Verstrickungen stattfindet. Ihr subversiver Gebrauch patriotischer Symbole beruft sich auf die Versprechungen der Unabhängigkeit von 1980. Die Forderung, diese endlich einzulösen, dürfte sich dereinst auch an jene wenden, die auf Robert Mugabe folgen.

KOMMENTAR

Herzlichen Glückwunsch, Máximo Líder!

VON TONI KEPPELER

Vor über fünfzig Jahren hatte Fidel Castro US-amerikanische Konzerne und Privatleute enteignet, die nach dem Sieg seiner Guerillatruppe die Revolution in Kuba sabotieren wollten oder die Insel Hals über Kopf verlassen hatten. Am Samstag wird der pensionierte Revolutionär neunzig Jahre alt, und er wird die Verstaatlichungen kaum bereuen. Sein ihm an der Macht nachfolgender Bruder Raúl und US-Präsident Barack Obama schlagen sich jetzt mit den Folgen herum: Die USA wollen von Kuba gut zehn Milliarden Dollar Entschädigung.

Acht Milliarden davon gehen auf Forderungen aufgrund von Enteignungen zurück, die vom US-Justizministerium als berechtigt anerkannt wurden. Konzerne wie Exxon, Texaco und Coca-Cola wollen Geld, aber auch die Erben des Mafiabosses Meyer Lansky. Der hatte in seinem 352-Zimmer-Hotel Riviera in Havanna einen Teil seiner schmutzigen Dollars gewaschen und mitgeholfen, die Stadt in ein Bordell und Spielcasino für reiche US-Bürger zu verwandeln. Weitere gut zwei Milliarden Dollar will Washington haben, weil US-Gerichte die kubanische Regierung zu entsprechenden Zahlungen verurteilt hatten; etwa nach dem Abschuss zweier Sportflugzeuge, die im Februar 1996 in den kubanischen Luftraum eingedrungen waren, um rechte Propagandaflugblätter über Havanna zu streuen.

Kuba kontert mit einer Forderung von knapp über 300 Milliarden Dollar. Die ergeben sich aus den menschlichen und materiellen Schäden der Schweinebuchtinvasion vom April 1961, verdeckten Sabotageakten des US-Geheimdiensts CIA und den Folgen der noch immer geltenden Wirtschaftsblockade.

Zweimal schon haben sich Delegationen zu Verhandlungen über die Forderungen getroffen, zuletzt Ende Juli in Washington. Die Gespräche, so heisst es, seien «substanziell». Es gibt aber nicht einmal einen Termin für ein drittes Treffen.

Die US-Regierung drückt aufs Tempo. Sie will die Wirtschaftsblockade aus ökonomischen Interessen beenden. Doch der Kongress will zuerst ein Abkommen über die Entschädigungen sehen. US-amerikanische InvestorInnen auf Kuba haben so lange einen Wettbewerbsnachteil: Jede Aktivität auf der sozialistischen Insel erfordert in den USA ein zeitaufwendiges Genehmigungsverfahren mit unsicherem Ausgang. Da sind Europäer, Lateinamerikanerinnen und Chinesen viel schneller.

Die kubanische Delegation dagegen hat Zeit. Sie lässt sich von der Supermacht vor der Haustür nicht unter Druck setzen. Dieses für die USA ungewohnte Selbstbewusstsein eines kleinen Landes ist Teil des Vermächtnisses von Fidel Castro. Herzlichen Glückwunsch!

KOMMENTAR VON RAINER WERNING

Der Schlächter der Philippinen

Der neue philippinische Präsident setzt auf Lynchjustiz und droht mit dem Kriegsrecht. Dabei lässt sich auch ein Teil der Linken vereinnahmen.

In den ersten zehn Wochen der Amtszeit des neuen philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte sind bereits 564 Menschen aussergerichtlich hingerichtet worden. So besagt es jedenfalls «The Kill List», die von der in Manila erscheinenden Tageszeitung «Philippine Daily Inquirer» regelmässig publiziert wird. Von dieser Liste dürfte Duterte nicht gerade begeistert sein, denn sie macht klar, dass vor allem Unschuldige und Kleinkriminelle umgebracht werden.

Ansonsten hat der seit Ende Juni amtierende Präsident kein Problem damit, die Lynchjustiz öffentlich zu rechtfertigen. «Dieser Krieg gegen kriminelle Drogenhändler ist mein Auftrag», sagte er gegenüber dem Nachrichtensender Al Jazeera, «und ich werde ihn bis zum Ende meiner Amtszeit ausführen, wenn ich dann noch lebe.» Bei «erfolgreichen Eingriffen» hat er Geldprämien und Anerkennungsmedaillen in Aussicht gestellt. Anlässlich eines Besuchs bei Angehörigen der Streitkräfte und der Nationalpolizei in der südlichen Stadt Zamboanga versicherte er allen, die seinen «Befehl befolgen» und DrogenhändlerInnen und andere Kriminelle hinrichten würden, seine «hundertprozentige» Unterstützung: «Ich werde nicht zulassen, dass ihr dafür ins Gefängnis kommt. Ich werde eher der Erste sein, der hinter Gittern landet.»

> Rekordhohe 91 Prozent der Bevölkerung gaben an, dem Präsidenten zu vertrauen.

Die Justiz hat bisher nichts gegen die mörderischen Aufrufe des Präsidenten unternommen. Erst jetzt, da ihre VertreterInnen selbst davon betroffen sind, reagiert sie. Denn am Wochenende weitete Duterte seinen «Drogenkrieg» auf 158 namentlich aufgelistete RichterInnen, Regierungsangestellte und Kongressabgeordnete aus, denen er eine Beteiligung am Drogenhandel vorwirft. Sollten die sich nicht stellen, warnte der Präsident, werde man sie erschiessen. Damit greift Duterte nun auch die Unabhängigkeit der Justiz an. Die oberste Richterin, Maria Lourdes Sereno, forderte die betroffenen RichterInnen am Montag auf, sich keinesfalls der Polizei zu stellen – und sie warnte eindringlich vor einer «potenziellen Staatskrise». Duterte drohte tags darauf mit der Ausrufung des Kriegsrechts, sollte der Oberste Gerichtshof seine Arbeit «behindern».

Schon jetzt ist ein «Dutertismo» erkennbar, der sich dadurch auszeichnet, dass das Staatsoberhaupt mal knallhart kalkulierend, mal impulsiv eine Politik der Pendelschläge verfolgt. Da bedient er rechtspopulistische und zuweilen extrem reaktionäre Kreise, indem er zum Beispiel dem Exdiktator Ferdinand Marcos ein Staatsbegräbnis und ein Grab auf Manilas Heldenfriedhof ermöglicht. Gleichzeitig hofiert er die Linken, lobt deren Engagement für die Armen und Marginalisierten.

Tatsächlich positioniert sich Duterte selbst links. Mehrere Minister und StaatssekretärInnen aus dem linken Spektrum sind in seinem Kabinett vertreten. Und Duterte hat soeben eine alte Forderung von progressiven Organisationen und BürgerrechtlerInnen zur Verabschiedung ins Parlament geschickt: den «Freedom of Information Act», der Einsicht in wichtige Dokumente erlaubt, beispielsweise wenn JournalistInnen bespitzelt oder Demonstrationen verboten worden sind. Das Gesetz dürfte angesichts der komfortablen Mehrheit, die Duterte und seine sozialdemokratische Partei PDP-Laban im Kongress geniessen, leicht durchkommen.

Noch mehr Goodwill zeigte Duterte der Linken gegenüber, als er Ende Juli anlässlich seiner ersten Rede an die Nation 30 000 demonstrierende GegnerInnen gewähren liess. Statt knüppelschwingende PolizistInnen aufzubieten, dankte der frisch gekürte Generaldirektor der philippinischen Nationalpolizei den DemonstrantInnen für ihr Kommen und sicherte ihnen vollen Schutz zu. Daraufhin sah sich der Generalsekretär des linksrevolutionären Bündnisses Bayan, Renato Reyes Jr., veranlasst, von einem «historischen Ereignis» zu sprechen.

Der populistische «Dutertismo» scheint zu wirken. In der letzten repräsentativen Befragung gaben rekordhohe 91 Prozent der philippinischen Bevölkerung an, dem Präsidenten zu vertrauen. Sie legen ihre Zukunft in die Hände eines Mannes, der sich auch schon mit Idi Amin verglich – dem Gewaltherrscher Ugandas, der als «Schlächter Afrikas» in die Annalen einging und das ostafrikanische Land in den Ruin trieb. Duterte schreibt die Geschichte fort, die er als langjähriger Bürgermeister von Davao City begann. Damals soll er gemäss Menschenrechtsorganisationen Todesschwadronen toleriert oder gar tatkräftig unterstützt haben. Es ist eine Geschichte, in der Duterte nicht als Problemlöser auftaucht, sondern das Problem schlechthin verkörpert.